



Brüssel, den 14. Dezember 2016  
(OR. en)

13149/16  
ADD 1 COR 1

PV/CONS 47  
ECOFIN 892

## ENTWURF EINES PROTOKOLLS

---

Betr.: **3488.** Tagung des Rates der Europäischen Union  
**(Wirtschaft und Finanzen)**  
vom 11. Oktober 2016 in Luxemburg

---

### **In Dokument 13149/16 ADD 1 muss der Absatz zu Punkt 3 auf Seite 3 wie folgt lauten:**

Die Minister wurden über den Stand der Beratungen unterrichtet und führten einen Gedankenaustausch über die Aufnahme von MwSt-Betrug in den Geltungsbereich der PIF-Richtlinie, um es dem Rat (Justiz und Inneres) zu ermöglichen, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu diesem Thema wieder in Gang zu bringen. Die meisten Minister brachten ihre Kompromissbereitschaft zum Ausdruck, formulierten aber gewisse Bedingungen – u. a. die Einschränkung des Geltungsbereichs auf die schwerwiegendsten Fälle von grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug. Verschiedene Minister sprachen sich gegen diese Aufnahme aus, wobei einige vorschlugen, MwSt-Betrug eher in den Geltungsbereich der Verordnung über eine Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) als in den der PIF-Richtlinie aufzunehmen. **Einige Minister wiesen auch auf den Gesetzgebungsvorschlag zur generellen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft hin. Die Kommission versicherte, dass sie den Gesetzgebungsvorschlag bis Ende 2016 vorlegen wird.** Der Vorsitz erklärte abschließend, dass er die Ergebnisse dieses Gedankenaustauschs dem Rat (Justiz und Inneres) mitteilen werde.